



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1924

48 (29.1.1924) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-213653](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-213653)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspresse: In Mannheim mit Umgebung vom 24. bis 28. Januar 1924: 20 Goldpf. Die monatliche Belegzahl beträgt 2000. Bei Bestellung der Belegzahl ist die Belegzahl anzugeben. Der Preis für den Abnehmer beträgt 10 Goldpf. Die Belegzahl ist bis zum 1. Februar 1924 zu zahlen. Der Preis für den Abnehmer beträgt 10 Goldpf. Die Belegzahl ist bis zum 1. Februar 1924 zu zahlen.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung per eine monatliche Kassa. Die Belegzahl ist bis zum 1. Februar 1924 zu zahlen. Der Preis für den Abnehmer beträgt 10 Goldpf. Die Belegzahl ist bis zum 1. Februar 1924 zu zahlen.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Um die deutsche Goldnotenbank

Der „New York Herald“ will über das Ergebnis der Sachverständigenberatung über die kommende deutsche Goldnotenbank unterrichtet sein, die nach dem Blatt in der oestriichen Sitzung in Paris so gut abzuschließen sein sollen. Der Plan des Sachverständigenausschusses lehrt eine Bank vor, die eine neue Währung auf der Grundlage der deutschen Goldreserven und Devisen ausgeben würde. Sie würde von den deutschen Staatsbehörden leiten und von ausländischen Reichern aufzubringen sein. Die Goldnotenbank würde außerdem offiziell deutsche Notenbank zu sein.

Der „New York Herald“ ist demgegenüber der Auffassung, daß die neue deutsche Goldnotenbank dazu bestimmt sein sollte, aus ausländischen Krediten zu leben. Der Plan des Sachverständigenausschusses unterwirft sich von dem Reichsbankpräsidenten auch dadurch, daß nach dem letzteren die Reichsbank Notenbanknoten ausgeben sollte. Die Deutschen, so fügt das Blatt hinzu, hätten eine Bank im Sinn, die sich den derzeitigen Verhältnissen anpasse, während der Plan der Sachverständigen

- 1. eine neue deutsche Währung und
- 2. einen auskömmlichen Haushalt anstrebe.

Eine rein kaufmännische Angelegenheit

Der „N. Z.“ wird aus Paris gemeldet, der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris“ hatte eine Unterredung mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schmidt nach seiner Rückkehr aus Paris. Auf die Frage, ob Dr. Schmidt von seinem Aufenthalt in Paris und von seinen Unterredungen über die Goldnotenbank befriedigt sei, antwortete Dr. Schmidt: Die Goldnotenbank ist eine rein kaufmännische Angelegenheit und ich verfolge nichts, außer daß die Bank sich nicht in die Grundsätze dieser Bank einmische. Wenn man mich arbeiten läßt, so wie ich es beabsichtige, dann kann die neue Bank bald gegründet sein. Wenn hingegen die Bank sich in eine wesentliche kaufmännische Angelegenheit einmische, dann wird das neue Finanzministerium niemals als das Finanzministerium der neuen Bank in Betracht kommen. Die Verantwortung für das zu übernehmen, was dann eintreten könnte.

Die rheinisch-westfälische Goldnotenbank

Wie wir hören, ist ein briefliches Erlauchen der Regierung an Paris gegenwärtig in der veränderten Lage der Dinge von mehreren englischen und französischen Botschaftern in Paris besprochen, die das von der deutschen Regierung zur Verfügung gestellte Material auf keine Weise nachprüfen sollen. Dem zweiten Komitee wird ferner die Pflicht zugesprochen, bei der deutschen Regierung die Genehmigung zur Nachprüfung der Unterlagen einzuholen. Dr. Marx kommt, wie wir versichern können, dabei nicht in Frage. Die Auffassung der Reichsregierung geht nach wie vor dahin, daß für den Fall eines Zustandekommens der Zentralnotenbank die Gründung einer besonderen rheinisch-westfälischen Bank sich erübrigen würde.

Die Tätigkeit der Untersuchungsausschüsse in Berlin

Wie der Pariser Korrespondent des „Frankf. Sta.“ berichtet, werden die beiden Sachverständigenkommissionen für ihre Reise nach Berlin von mehreren englischen und französischen Botschaftern in Paris begleitet, die das von der deutschen Regierung zur Verfügung gestellte Material auf keine Weise nachprüfen sollen. Dem zweiten Komitee wird ferner die Pflicht zugesprochen, bei der deutschen Regierung die Genehmigung zur Nachprüfung der Unterlagen einzuholen. Dr. Marx kommt, wie wir versichern können, dabei nicht in Frage. Die Auffassung der Reichsregierung geht nach wie vor dahin, daß für den Fall eines Zustandekommens der Zentralnotenbank die Gründung einer besonderen rheinisch-westfälischen Bank sich erübrigen würde.

Die Zusammenkunft Poincarés mit Jaspars

Der gut unterrichtete Berichterstatter des „Echo de Paris“ in Brüssel bestätigt heute, daß die am Montag zwischen dem französischen und belgischen Außenminister erfolgte Zusammenkunft den Zweck gehabt habe, die Lage zu besprechen, die durch die Bildung des Kabinetts MacDonald geschaffen worden ist. Sowohl Poincaré als auch MacDonald seien, wie durch Mac Kennan, immer durch Washington über die Absichten des neuen englischen Kabinetts unterrichtet gewesen. Es scheint, daß es unbedingt nötig sei, auch nur die geringste Spannung mit England zu vermeiden. Man könne jedoch befürchten, daß die Arbeiter, durch Lloyd George aufgepeitscht, sich zu bedauerlichen Schritten hinreißen ließen. Aber man glaube, daß MacDonald die Absicht habe, die Wünsche der belgischen Sachverständigenkommissionen auszuwachen, deren Schluß Ende Februar zu erwarten seien, und man könne schon damit rechnen, daß dank den Anstrengungen des belgischen Hauptdelegierten die Früchte der belgischen technischen Studien dabei berücksichtigt werden würden. Bis dahin werde es sich darum handeln, daß man auf belgischer und auf französischer Seite auch den geringsten Fehler vermeide. Poincaré und Jaspars hätten sehr zu hoffen, daß sie die Schwierigkeiten beseitigen, die sich durch die Zwischenfälle in Köln (Eisenbahnfrage) und in der pfälzischen Separatistenfrage ergeben hätten.

Neuorientierung Poincarés in der Ruhrfrage

Das Blatt schreibt, heute erlaube die Idee einer Freigabe der Ruhr gegen die Aufnahme einer internationalen Anleihe durch Deutschland zur Besetzung der französischen und belgischen Reparationsforderungen möglich. Einer solchen Lösung werde auch die englische Arbeiterregierung zustimmen, so daß ein Bruch zwischen England und Frankreich vermieden werden könnte.

Die innerpolitische Lage in Frankreich

Beurteilt man in Berliner politischen Kreisen dahin, daß durch die Option Poincarés für den nationalen Block für den Augenblick die parlamentarische Stellung des französischen Ministerpräsidenten gesichert ist. Die Wahlen oder werden aufgrund dieser Option vor sich gehen und voraussichtlich zu scharfen Kämpfen führen, deren Ausgang im höchsten Grade zweifelhaft ist.

Botschafterkonferenz und Pfalzfrage

Was berichtet offiziell: In diplomatischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß von einem Scheitlerpruch in der pfälzischen Frage nicht die Rede sein könne. Es bestehe keineswegs ein Gegensatz zwischen dem französischen und dem englischen Standpunkt, was die Anerkennung der separatistischen Bewegung angeht. In Paris wie in London sei man der Ansicht, daß die Rheinlandschaftskommission über diese Anerkennung nicht zu entscheiden habe. Es handle sich in Wirklichkeit darum, ob die Rheinlandschaftskommission die separatistischen Berechnungen bestätigen könne ohne ihre Kompetenzen zu überschreiten. Die französische Regierung habe gefordert, daß zweckmäßigerweise in diesem Punkte die Botschafterkonferenz zu Rate gezogen werde, um zu bestimmen, wie weit die Kompetenzen der Rheinlandschaftskommission hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Sicherheit der Truppen umgehen. Die französische Regierung habe dementsprechend der Londoner Regierung vorgeschlagen, daß die Frage der Vollmacht der Rheinlandschaftskommission in geeigneter Weise dem Botschafterkonferenz unterbreitet werde, die die Kommission ermächtigen könne, für eigene Rechnung diejenigen von den pfälzischen Behörden, die die öffentliche Ordnung und die Sicherheit betreffen, sowie die die Arbeitslosenfrage betreffen, zu veröffentlichen. Die Botschafterkonferenz hätte sich auch mit der von Geheimorganisationen der Pfalz, wie der Treuhänder geschlossenen Erregung zu befassen und Abhilfemaßnahmen in Erwägung zu ziehen.

Uebergriffe französischer Bezirksdelegierten

Der Besuch des englischen Generalkonsuls Cildes in der Pfalz zieht bereits die befürchteten Folgen nach sich. Wie uns aus der Pfalz berichtet wird, sind mehrere Bürgermeister, die ihre Konsultationsfrage zurückgezogen und von diesem Entschluß in Koblenz Mitteilung gemacht haben, durch Vertreter der jeweiligen französischen Bezirksdelegierten unter schärfsten Drohungen erzwungen worden, diesen Widerruf zurückzugeben.

Der rheinische Separatismus im Erzählen

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß der Separatismus im deutschen Rheinland im Erzählen derartigen ist. In dem im Umkreise Darmstadt angelegten Dorf Arheilchen, das ganz besonders unter dem Separatismus zu leiden hatte, haben die Separatisten am Freitagabend und Samstag das Rathaus geräumt, offenbar auf höheren Befehl. In Greifenbergen sind die Bürgermeister von Jö aus zu einer Versammlung zusammengetreten und haben den Beschluß gefaßt, gewisse Anforderungen, die der separatistische „Reichskommissar“ Dr. Klein an sie stellte, abzulehnen, insbesondere neue Steuern, die von der Regierung, Steuern an die separatistische Regierung abzulehnen.

Die Micumverträge

Das französische System, sich durch den Abschluß von sogenannten Micumverträgen möglichst viel Sachlieferungen aus dem besetzten Gebiet herauszuholen, ist gerade in letzter Zeit weiter ausgebaut worden. An Berliner Regierungsstellen liegen wieder aus der großen Zahl der auf diese Weise zurückgekauften Abmachungen 10 Texte vor. Augenblicklich verhandeln die Franzosen, wie wir hören, noch mit einer ganzen Reihe von Industriezweigen. Die Verhandlungen dürften in den nächsten Tagen und Wochen voraussichtlich zum Abschluß kommen, da die Franzosen, falls ihre Forderungen nicht abgelehnt werden, zu Repressalien schärferer Art zur Herbeiführung der Auszahlung, Abschneidung der Rohlieferung und sogar Beschlagnahme des ganzen Betriebs übergehen. Die Reichsregierung sieht jedoch die Entwicklung dieser Dinge mit gebundenen Händen gegenüber. Sie nimmt nach wie vor den Standpunkt ein, daß die Verfahren bis zum Ende der Richtung der französischen Vandalenpolitik liegen, jeder rechtlichen Grundlage aus dem Vorkriegsvertrag entbehren.

Auf der anderen Seite hat die Regierung natürlich ein Interesse daran, daß, soweit aus der deutschen Wirtschaft Lieferungen herausgeholt werden, diese nicht unter den Tisch fließen. Sondern dem Reparationskonto gutgeschrieben werden. Sehr bedenklich ist die neuerdings in großem Umfang angeordnete Schaffung der sogenannten Ausgleichskassen, in die diejenigen Industrien Einzahlungen leisten müssen, aus deren Produkte die französische Regierung keinen Wert legt. Das könnte schließlich darauf hinauslaufen, daß anstelle der Sachlieferungen Barzahlungen treten. Doch die Industrie im besetzten Gebiet auf die Micumverträge nicht in der Lage sein werden, die ihnen durch die Micumverträge auferlegten Lasten zu tragen, ist schon mehrfach betont worden. Bei den Rohlieferungen macht, wie wir hören, diese Belastung nicht weniger als 40 Prozent der Gesamterzeugung aus.

Die preussische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei

Das folgende Rundgedruckte beschließt: „Die preussische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei erhebt den schärfsten Widerspruch dagegen, daß Privatpersonen sich herausnehmen, in Unterhandlungen mit den Franzosen und Belgiern über die Loslösung der Rheinlande von Preußen und die Bildung eines Rheinlandes einzutreten. Die Rheinlande sind mit Preußen untrennbar verbunden, und die Loslösung der Rheinlande von Preußen bedeutet nach unserer festen Überzeugung die Zerrüttung des Reiches. Jeder, der auch nur mit dem Gedanken eines Rheinlandes spielt, vertritt die preussische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hiermit erklärt, nicht mehr in die Reihen der Deutschen Volkspartei.“

Drohungen aus Bayern

Nach einer Münchener Drohung der „Kölnischen Sta.“ hätte der Vorsitzende des Bundes „Blücher“, Dr. Schäfer, in einer Versammlung mitgeteilt, daß in nächster Zeit, und zwar noch vor dem Hitlerprozeß ein Aufstand stattfinden werde, ähnlich dem vom 8. November. Dann würde aber mit rücksichtsloser Gewalt vorzugehen, alle Dämme abbrechen, alle Verkehrswege zerstören und die Städte abgebrannt werden. Zu diesen Drohungen erklärte die ausländischen Stellen, daß die Regierung sie durchaus ernst nehme und alle Vorkehrungen getroffen habe, um die Aufrechterhaltung für Ruhe und Ordnung zu gewährleisten. Inzwischen hat sich über den kommenden Hitlerprozeß der Oberstaatsanwalt Hall zu Vertretern Münchener Zeitungen ausgesprochen: Der Generalkonsul v. Rabe werde nicht anwesend sein, sondern Neuge sein und es sei Sache des Gerichts zu entscheiden, ob dieser oder jener Neuge verurteilt werden solle oder nicht. Von der Staatsanwaltschaft seien an 70 Neuge anwesend, unter ihnen auch Wolff-Seiffert, Kalls Böhner und Benno des Bröckelers noch nicht wiederhergestellt sein sollte, würde seine Sache absonderlich und für sich durchzuführen werden. Für die Durchführung des Prozesses seien nach der Annahme der Staatsanwaltschaft alle notwendigen Vorbereitungen getroffen.

Der Schrei nach der Passierschwernis

Von Richard Bahr

Von der Schweiz her, von wo die ersten Warnsignale kamen, ist nun auch der Sturm abgeblasen worden. Die Hoteliers von St. Moritz, gestützt auf anscheinend glaubhafte Quellen, haben uns versichert: es sei nicht halb so schlimm mit den reisenden Passierschwernis im Engadin. Die letzten überlebenden Passierschwernis hätten höchstens in der Neujahrsnacht den Bescherer geschwungen, auch dann noch einmal „wie sonst“. Vielleicht leben die Engadiner Hoteliers, die schließlich ja auch Menschen sind und für ihr Geschäft fürchten mögen, die Dinge ein wenig zu rosig an. Kann sein, daß, wie immer im Leben, die Wahrheit auch hier in der Mitte liegt. Selbst dann werden wir alle miteinander, Regierung wie Regierte, Anseh haben, uns der letzten Periode zu schämen, die uns vor 14 bis 2 Wochen befiel hat. Ein Minister, der sich über die Sache eintrifft, eine Kabinettskammer, die ernstlich und sohrig auf neue Sperr- und Strafmaßnahmen blickt, und schließlich die ganze Presse ein mörderischer Schrei, der nach dem Mittel ruft und dem Knüttel. Warum? weshalb? wieso?

Wer in den vergangenen Tagen, da die Welt noch nicht abgeklappt mit Brechern vernebelt war, und man nicht bei jedem Grenzübertritt im augigen Verschlag nach Denken abgefragt wurde, sich in der Fremde umgesehen hat, weiß, daß unsere geliebten Bundesgenossen gerade zu den empfindlichsten Menschen im internationalen Reiseverkehr zählen. Gern hat es unter ihnen zu allen Zeiten keine und kultivierte Menschen gegeben. Die „Schönheitsmänner“ der Erkenntnisbildung, die und unaufrichtig ihre Stärke zeigen. Aber die anderen, die vielleicht nicht einmal die Wahrheit waren, hatten das Gefühl (oder auch das Unglück) sich zu verhehlen. Im allgemeinen (und nach etwas anderen Gesichtspunkten) konnte man die deutschen Auslandsreisenden in zwei Kategorien teilen. Die einen, die mit ihrem Bilde oder Wesen, der manchem auch nur ein Blick war, von Fern zu Fern und von Tal zu Berg nicht ruhen und rasteten, bis sie alle Selbstverleumdungen, die nicht immer die eigentliche Selbstverleumdung waren, sich gemeldet hatten. Das waren die Vorkämpfer, Inzogen die Nähe des Reiseverkehrs. Keine angenehme Speise, aber auch gerade keine schmeckende. Der Witz, der sich absurd geäußert, mochte schon nach dem Wein leben. Die anderen waren die hoffnungslosen: die lauten Leute, die über die Terrassen der nächstlichen schmeckenden Bouteillen in die Welt, daß Paris doch eine schmeckende Stadt sei. Die im Opernhaus zu Stockholm die „Tempel“ keine Kreise“ schmoren und in der besten nordischen Sommerzeit auf dem Newall Prospekt „Deutschland, Nordland über alles“ anstimmten konnten. Die von Dramen bis Lomina mit jedem kleineren Streit anfangen und bei solcher Gelegenheit zu erklären pflegten, daß den „Reis hier nur die stramme preussische Justiz“.

Es kann gar kein Zweifel sein, daß just diese Gattung uns am meisten schmerzhaft geschadet und manche von den Botschaftern hat nöhen helfen, die dann im Beltrick einen ja trübseligen Boden für die Eigenpropositionen abgaben. Dennoch ist in der Kriegszeit niemand auf die Idee verfallen, solchen Auswüchsen mit Posten und Strafen auf den Leib rufen. Aus dem ganz einfachen Grunde, weil es am letzten Ende hier sich um Erziehung und Gehirnsfragen handelt, die zu regeln Posten und Befehl immer sich als unmöglich erweisen werden. Es ist schlimm: sehr viel Republikaner wurden und allgemein im Freistaat leben, steht in der politischen Verfassung der Deutschen der Glaube an das ethische Wesen der Posten oben an. Wir räumen uns, dem Diktator „Freistaat“ entronnen zu sein und spüren gar nicht, wie wir drauf und dran sind, die Rute uns selber immer fester zu binden. Was sein, daß das Uebel aus der Reformierung im Krieg erwacht. Nach dem bleibt es kein eben solches Zeichen für deutschen Bürgergeist, daß wir über diesen nicht immer geliebten Geboten und Verbieten des freien und eigenen Lebens uns so ganz entwürden. Doch überhaupt keinen mehr der G-danke kommt, an die freischaffenden Kräfte der Gesellschaft zu appellieren, an den Zwang der Sitte und der öffentlichen Meinung, an den Einfluß von Beispiel und Lehre.

Die Passbestimmungen sollen geändert, will sagen: erlassen werden. Weiß, wer dieser Unbesonnenheiten von sich gab, wie maßlos, zumal in den großen Städten, die Passbestimmung ohne Grund ist? Welches Wortspiel ist schon heute bedeutet, von der Kempten zum Finanzamt zu laufen und vom Finanzamt zum Polizeipräsidenten, um schließlich zu erfahren, daß inzwischen ein neues Gebot erging und man nun einen anderen Zusammenhang einzufügen hätte? Wenig dabei gerade in die Hände der uneren Organe gegeben wurde, die bisweilen lieblos sein können mit ausgestreckter offener Freundschaft, mitunter aber auch, unter dem Vorgeben, die Bedürfnisfrage prüfen zu müssen oder die etwa vorhandene Fähigkeit zum Steuerbefrauenten, den ihnen ausgelieferten Schenkungen und mit abgerundeten lächerlichen Fragen bis aufs Blut peiniget? Freiheit, Ihr Herren, Freiheit für den Bürger im Freistaat! Wie wird ein Schutzmann und nie der Kanzler aus einem Finanzamt beurteilt können, warum im Einzelnen eine Auslandsreise unerlässlich wurde. Weshalb zum Beispiel der Bellesorbeiter, auch bei möglichem Besitz, dem unbedingtesten Drang unternimmt, die heimlichen Grenzen hinter sich zu lassen und nach zehnjähriger Absperrung wieder einmal hinauszufliehen in die Fremde, den Blick zu weiten und Kopf und Herz sich auszulassen. Gewiß, zu den schon von früher her bekannten Spezies deutscher Reisender ist eine neue, dem Zustand beiläufig auch nicht fremde, gekommen, die widerwärtiger von allen: die neuen Reichen. Wo sie hinreden, wächst kein Gras. In knapp drei Jahren wurde Gaste aus einer stillen und vornehmen Heilstätte für gepflegte ältere Herren ein Schiebernetz, über dessen Fremden und Waldwege schmeißend und wackelnd die Zukunft Golligens sich ergibt. Aber auch sie zu lassen, wird es kein anderes Mittel geben als den Fiskus, der Reichtum und Steuerbetrug vergleicht und im Fall des Auseinanderlassens den Heimkehrer die Rechnung präsentiert. Wenn man ein solches tun will, mag man in Gottes Namen jedem Auslandsreisenden eine gefällige Abgabe auferlegen. Aber der Zwangsdruck ist unerträglich und ist unwürdig dazu. Der Marquis Polo, der ein Schwärmer war, forderte von Don Philipp Gedankenfreiheit. Wir, im Deutschland von heute, sind bescheidener und wohl auch näherne geworden: gebens Bewegungsfreiheit!

Eine Erklärung des Kardinals Erzbischof Dr. von Faulhaber. Der Anwalt des Kardinalerzbischofs Dr. v. Faulhaber stellt gegenüber immer wieder verdrehten unzutreffenden Behauptungen in einer öffentlichen Erklärung nachdrücklich fest, daß der Kardinal in keiner Weise auf den Verlauf des Prozesses vom 8. zum 9. Konr., insbesondere auch nicht auf den bayerischen Generalstaatsminister eingewirkt hat. Er hat niemals Pläne erwogen oder gefördert oder mit irgendwelchen Persönlichkeiten besprochen, die sich gegen den Bestand oder die Einheit des Deutschen Reiches richten könnten. Auch die Behauptung, daß der Kardinal mit solchen Plänen in Verbindung gestanden habe und sehr, ist reine Verleumdung.

Wirtschaftskrise und Sozialpolitik

Eine Rede des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns

Im Reichshaus zu Hagen in Westfalen sprach vor einer etwa 800 Personen zählenden Konferenz der führenden Kreise des Deutschen Gewerkschaftsbundes der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns über das Thema Wirtschaftskrise und Sozialpolitik.

Er führte aus, auch durch eine allgemeine Wirtschaftskrise dürfe das Prinzip der Sozialpolitik selbst in ihren Grundzügen nicht angezweifelt werden. In der Frage der Sozialversicherung sei eine Vereinfachung der Organisation eingetreten und eine Bekämpfung der Bestanden auf das notwendige Maß erfolgt, sobald heute das Versicherungswesen als geregelt betrachtet werden könne. Weniger befriedigend dagegen sei die gegenwärtige Lage und die Aussichten für die nächste Zeit auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge. Nachdem die teilweise Einführung der Erwerbslosenversicherung gescheitert sei, sei durch die Verordnung vom 13. Oktober 1923 Ersatz geschaffen. Am dem Grundgedanke der Pflichtarbeit müsse festgehalten werden. Wenn die Umstände es erlaubten, würden die Unterstützungssätze heraufgehoben werden, aber nicht um den Preis einer neuen Inflationsperiode. Der Minister versprach nach Kräften auf die Steigerung des Reallohns einzumwirken.

Bei einer Senkung der Preise und bei größerer Bewegungsfreiheit müsse die Wirtschaft wieder zu den früheren Grundzügen zurückkehren. Schwere Kalkulation, größere Umwälzung, kleiner Nutzen. Das sei auch das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. — In der Wahlrechtsfrage habe sich das Reichsarbeitsministerium befreit gezeigt, die Selbsthilfe zu fördern. — Zur Arbeitsfrage sagte der Minister, daß die Gewerkschaften und politischen Parteien grundsätzlich der Arbeitslosigkeit auch auf dem Wege der Arbeitszeitverlängerung zustimmen müßten. Die Einführung vom 21. Dezember entsprache zwar nicht dem sozialpolitischen Ideal, sei aber nur aus als Notverordnung gedacht. Das Hauptgewicht bleibe bei der Regelung der Arbeitszeit und der Tarifverträge. Zur Lohnfrage bemerkte der Minister, die Friedenslöhne könnten zwar noch nicht wieder erreicht werden, aber es sei eine Besserung zu erwarten, sobald das Wirtschaftswesen wieder in Gang komme. Das Schlichtungswesen solle Arbeitsgeber und Arbeitnehmer mehr und mehr zu vernünftiger Arbeit bringen. Der Minister versprach ferner, die Notwendigkeit eines gewissen sozialen Schutzes der Arbeiter und Bäcker beizubehalten, aber auch schrittweise diese und jenen der Friedenslöhne anzupassen. Zum Schluss sprach der Minister die Hoffnung aus, daß der nächste Punkt unserer wirtschaftlichen Not überwunden sei, wenn es zu einer Enttarnung der außerpolitischen Probleme komme. Im Interesse aller Völker und Völker sei ein solches Ergebnis zu suchen.

Die Darlegungen des Ministers fanden grundsätzliche volle Anerkennung. In der anschließenden Besprechung kam das starke Verunsicherungswesen der arbeitslosen Bevölkerung zu dem für naheliegenden Arbeitsminister zum Ausdruck. Der Leiter der Versammlung und Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes las das Ergebnis der Konferenz dahin zusammen, daß zu einer pessimistischen Stimmung durchaus keine Veranlassung vorliege. Er betonte, daß sozialdemokratische Angriffe und Verdächtigungen das in 30 Jahren freier Verbundenheit geklebte Vertrauen zum Reichsarbeitsminister in keiner Weise erschüttert hätten.

Deutsches Reich

Immer noch der angebliche Anschlag auf Secki

Über die Attentatsaffäre Thormann-Dr. Grandel berichtet eine Berliner Sozialkorrespondenz am Samstag hätte eine nochmalige Bemerkung des Justizrats Glöck hatgefunden und sich nochmals eingehend mit den Beziehungen zwischen Glöck und Grandel befaßt. Grandel hätte bei seiner ersten Vernehmung behauptet, von Justizrat Glöck 5000 Goldmark zur Ausführung des Attentats auf Secki erhalten zu haben, sei dann aber bei der Gegenüberstellung mit Glöck völlig zusammengebrochen und hätte erklärt, daß die Summe für politische Propagandazwecke in Bayern bestimmt gewesen sei. Die „Deutsche Zeitung“ ist über diese Mitteilung, die viele Sozialkorrespondenzen verbreitet, außerordentlich erregt. Sie verleiht es handle sich um einen Mordanschlag auf Wahrheit und Diktum. Vor allem sei Grandel niemals Mitglied des Widerständigen Verbandes gewesen. Am „Vorwärts“ wird noch erzählt, daß neuerdings auch Graf Reventlow in der Angelegenheit von dem Untersuchungsrichter vernommen werden soll und es sei bereits für die nächsten Tage mit dem Abschluß der Verurteilung zu rechnen. Hoffentlich komme dann ein wenig Licht in die einstweilen noch recht dunkle Affäre.

Angriffe auf den Reichsparlamentarier

Ein Berliner Monatsblatt veröffentlichte einen Artikel über eine angebliche Verurteilung des Beamtenabbaus und riefte bei dieser Gelegenheit scharfe Angriffe auf die Tätigkeit des Reichsparlamentarier Soemlich und des Sozialminister Soemlich. U. a. wurde behauptet, daß Herr Soemlich die Zeitung des Beamtenabbaus dieser Kommission überlassen habe. Der Kommission wurde vorwurfsweise, daß sie die Durchführung der Beamtenabbauperordnung nur in einer Säuberung der Verwaltung von republikanisch erkrankten Beamten demie. Außerdem brachte das Blatt die Warnung, daß der auf 25 Prozent festgesetzte Beamtenabbau auf 35 Prozent erhöht werden soll.

Die Bantiger

Roman von Hermann Slegemann

(Nachdruck verboten)

Es war am späten Abend des dritten Tages.

Lorenz Bantiger blickte noch einmal zu hoch, ob sich hinter der Schuttwand nichts regte. Alles schien ruhig. Die Wäpflaten waren abgestellt. Nur das Tropfen des Wassers von der Decke und das Rauschen der Regenabläufe störten die Stille. Aber auch diesmal blieb die Luft stumm. Kein Ohr, kein Wirtropfen trug einen Hauch aus dem Innern des abgequälten Stollens.

Lorenz ließ Kopfstein geben und befohl, die ganze Schuttwand abzutragen. Und da geschah's, daß ein Miner, der sich in der Zimmerung emporgearbeitet hatte und ganz oben zwischen hängendem Fels und herausgequollenem, längst festgeordnetem Schwammfund hockte, behauptete, er höre den dumpfen Ruffschall in der Tiefe arbeitender Spitzhämmer.

Lorenz Bantiger stieg selbst ins Gedul und troch zu ihm hin. Als er nichts hörte außer dem harten Fall erdbebenwecker Tropfen, mühte er ein Loch zwischen Fels und Zeit und schob sich so weit vor, daß er das Ohr an den gewachsenen Stein pressen konnte. So lag er eine Weile und lauschte.

Als er herabstieg, brannte sein blasses, abgemagertes Gesicht wie von innen erleuchtet und er trat zu dem Baumeister und sprach so laut, daß die Umstehenden jedes Wort verstanden:

„Ich hab' ihr Zeichen deutlich vernommen. Es leben, sie ruhen uns.“

Da lachte der Baumeister sehr altes befreiendes Lachen. Er konnte keinen Befehl geben, konnte nicht sprechen, aber er lachte und alles mit ausgebreiteter Hand auf den Schuttwall, und Haaren und Stämmchen brachen im Schwung neubelebter Arme in den stülpigen Grund. Alles kam in Bewegung.

Nur der alte Arzt schien unzufrieden. Er rühte seinen Sauer-Rosspapier zurecht und sagte leise zu Lorenz:

„Der Baumeister zwingt's, aber wir wollen die Lebenden erst zählen, wenn wir sie hier auf den Schragen legen.“

„Sie meinen?“ forschte Lorenz gespannt und schaute, wie ihm etwas kalt über das erhitzte Gesicht fuhr.

Der Arzt nickte die Köpfe.

„Wir sind noch lange nicht bei ihnen, und Hunger, Kessel an Luft, ganz abgesehen davon, daß doch mehr als einer ganz ver-

Demgegenüber wird von ausländischer Seite behauptet, daß ähnliche Behauptungen des betreffenden Monatsblattes unzutreffend sind. Vor allem ist unrichtig, daß der Sozialminister Soemlich die Zeitung der Beamtenabbauperordnung der Reichs-Kommission überlassen habe. Die Kommission hat noch keine Sitzung abgehalten, ohne daß dabei Herr Soemlich den Vorsitz führte. Herr Soemlich ist nach wie vor der Vorsitzende der Kommission in Frage kommenden Beratungen. Ebenso ist es unrichtig, daß die Sozialkommission sich mit persönlichen Kreisen befaßt habe. Die Tätigkeit dieser Kommission richtet sich lediglich nach den sachlichen Fragen der Maßnahmen einer Vereinfachung der Reichsverwaltung. Der Beamtenabbau ist demnach ausschließlich in den Händen des Finanzministers, während die Sozialkommission nur zu entscheiden hat, welche Stellen der Verwaltung überflüssig sind oder abgebaut werden können. Auch die Behauptung des Blattes, daß der Beamtenabbau bis auf 35 Prozent erhöht werden soll, ist unrichtig.

Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten

Die Zahl der deutschen Einwanderer in die Vereinigten Staaten ist sehr unrichtig. Zur Klärung der Frage sind neuerliche Forschungen sehr beachtenswert. Die der Sozialologe Dr. Joh (Universität Wisconsin in Madison) in dem Monatsblatt „Lehre und Lehre“ (St. Louis) niedergelegt hat. Nach ihm der Meinung, daß mindestens ein Drittel der gesamten weißen Bevölkerung der Staaten deutscher Abstammung sind 25-30 Millionen. Dem gegenüber ist es interessant zu wissen, daß nach einwandfreien Forschungen die Bevölkerung der Vereinigten Staaten nur 30 Millionen ausmache.

Über die oben angegebene Zahl von 25-30 Millionen Deutschen in den Vereinigten Staaten wird man sich jedoch leicht täuschen lassen können, insofern der überwiegende Teil von ihnen dem deutschen Volkstum verloren gegangen ist — nicht zum mindesten deshalb, weil wir es namentlich in der Vorkriegszeit verloren haben, daß hinter den Meeren auch Deutsche wohnen. Nach Dr. Joh wird man für die Vereinigten Staaten etwa 7 Millionen rechnen können, die das deutsche Volkstum fest bewahrt haben. Insbesondere ist dieses bodenständige Volkstum vertreten im Mittelwesten zwischen Boston, Pittsburg und Denver. Die Besiedelung ist am dichtesten in den Staaten Illinois, Michigan und Indiana.

Die Deutschen in Südwestafrika

Der von der Reichsregierung mit General Smuts anlässlich der Zusammenkunft des Generals zur britischen Reichskonferenz in London erlassene Gedankenausschuss über die Regelung der Frage der Staatsangehörigkeit der im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika vertriebenen Deutschen hat zu einem Ergebnis geführt, das in einem Briefwechsel zwischen dem deutschen Reichsminister und General Smuts enthalten ist. Danach können die Deutschen in Südwestafrika Reichsdeutsche bleiben und schließlich in den südafrikanischen Staatsverband aufgenommen werden. Die deutsche Regierung ist bereit, ihren Einfluss auf viele Deutsche zu machen, um sie zur Annahme des Bürgerrechts der südafrikanischen Union gemäß einem allgemeinen Naturalisationsgesetz der Union zu bewegen und ihnen anzuraten, von dem darin enthaltenen Mehrheitsrecht keinen Gebrauch zu machen. Der erste Punkt des Memorandums bestimmt, daß die Deutschen in Südwestafrika und ihre Nachkommen während der nächsten dreißig Jahre unter keinen Umständen zum Mittelwesten setzen das Deutsche Reich verpflichtet werden dürfen.

Letzte Meldungen

Rumänische Unzufriedenheit mit Frankreich

Der Bukarester Berichterstatter der „Times“ schreibt zu der bereits gemeldeten Tatsache, daß Rumänien den von der französischen Regierung angebotenen Kredit von 100 Millionen Franken zum Ankauf von militärischen und anderem Material in Frankreich abgelehnt hat, in ähnlichen Kreisen werde erklärt, daß die rumänische Regierung mit der von der französischen Regierung seit einiger Zeit gegenüber Rumänien eingenommenen Haltung unzufrieden sei. Die Stellungnahme von Paris in der beständigen Frage, sowie hinsichtlich der ungarischen Reparationen und wirtschaftlichen Probleme war, wie verstanden wird, mit den zwischen beiden Ländern bestehenden politischen Beziehungen. Die Ablehnung dieser Anleihe müsse daher angesehen werden als eine öffentliche Kundgebung dieses Gefühls der Unzufriedenheit. Man würde aber zu weit gehen, wenn man daraus folgern würde, daß sie zu einer neuen Wendung in der rumänischen Politik führen würde.

* Serbische Anleihe in Frankreich. Die Stapitina hat das Gesetz über die 300 Millionen frankenmäßige aufgenommen. Der Finanzminister Stojanowitsch führte aus, die Regierung sei geneigt gewesen, sich an Frankreich um eine Anleihe für die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes zu wenden. Als Garantie für die Anleihe dienen Monopollizen und Zölle. Die Anleihe wird zu part aufgelegt. Bestellungen werden nur in Frankreich gemacht, jedoch unter der Kontrolle jugoslawischer Organe.

* Freiburg, 28. Jan. Der kleine Sohn des früheren Königs von Sachsen, Kronprinz Georg, will sich dem Priesterstand widmen. Er obdient odenoaktia in St. Peter im Schwarzwald dem Studium der Theologie und wird im Frühling ds. J. die Priesterweihe erhalten.

Wirtschaftliches und Soziales

Verordnung über die Arbeitszeit

Die im Laufe des November 1923 infolge Art. 130 Abs. 1 Nr. 1 Kraft getretene Demobilisations-Verordnung vom 23. November und 17. Dezember 1918 ist nunmehr von neuem in Kraft treten worden. Die Arbeitszeit für gewerbliche Arbeiter beträgt daher nach wie vor grundsätzlich acht Stunden im Tage. Es ist jedoch eine Reihe von Ausnahmen vorzusehen, die es bedingt, daß die wesentliche Regelung eigentlich fast nur nach ausnahmsweise Bedeutung erhält. Die wesentliche Ausnahme liegt darin, daß durch Tarifverträge die Arbeitszeit auf mehr als acht Stunden täglich ausgedehnt werden kann. Aber auch soweit die Arbeitszeit nicht tariflich geregelt ist, kann auf Antrag des Unternehmens für einzelne Betriebe eine erhöhte Arbeitszeit durch die zuständige Aufsichtsbehörde widerruflich ausgesetzt werden. Weiter dürfen die Arbeitnehmer eines Betriebes nach Anhörung der arbeitsrechtlichen Vertretung über die wesentliche vorerwähnte Höchstarbeitszeit hinaus an dreißig der Wahl des Arbeitgebers überlassenen Tagen im Jahr mit Mehrarbeit bis zu zwei Stunden täglich beschäftigt werden. Ebenso darf die wesentliche Arbeitszeit nach Anhörung der Betriebsvertretung nicht weiteres in gewissen arbeitsrechtlichen Fällen um 1 bis 2 Stunden täglich überschritten werden. Es muß sich dabei handeln um Arbeiten zur Bewachung, Reinigung oder Instandhaltung der Betriebsanlagen, um Arbeiten, von denen die Wiederaufnahme oder Aufrechterhaltung des vollen Betriebes abhängt, oder um Arbeiten zum Bau und Einbau von Schiffen im Hafen oder auf Eisenbahnwagen. Die Arbeitszeit darf bei ähnlichen unvorhergesehenen Ausnahmen die Höchstgrenze von zehn Stunden täglich nicht überschreiten, es sei denn, daß dies aus dringenden Gründen des Gemeinwohls sich als unbedingt notwendig erweist.

Städtische Nachrichten

Die Gemeindepolitik der Deutschen Volkspartei

In einer gestern abend im Rathaus abgehaltenen Mitgliederversammlung des Mannheimer Ortsvereins der Deutschen Volkspartei wurde der Bericht der Ortsgruppe über die Gemeindepolitik der letzten Jahre angenommen. Stadtrat Haas, der in Vertretung des verhinderten I. Vorsitzenden, Stadtrat August Ludwig, die Versammlung leitete, gab nach der Begrüßung der Versammlung zunächst dem Vorsitzenden der Bürgervereinsvereine, St. M. Koles, das Wort, der in ungemein gehaltvollen Ausführungen zunächst einen Überblick über den Charakter der Gemeindepolitik und ihren heutigen Stand im allgemeinen und sodann die Einwirkung der Nationalpolitik auf die Mannheimer Gemeindeangelegenheiten einer sehr instruktiven Betrachtung unterzog. Wir werden auf die interessanten Darlegungen, die den im vergangenen Jahre von der Nationalpolitik der Deutschen Volkspartei vertretenen Standpunkt klar und sachlich präzisieren, in einem besonderen Artikel zurückkommen.

Stadtrat Hartmann, der Vorsitzende der Stadtratsfraktion, ergänzte die Ausführungen des St. M. Koles, die mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt und mit großem Beifall aufgenommen wurden. Da die Verhandlungen des Stadtrats geheim sind, bringt von den schweren Kämpfen, die in diesem Kollegium entbrannt, wenn die politischen und wirtschaftlichen Gegenstände auf den Tisch kommen, nichts in die Öffentlichkeit. Aus den Andeutungen, die Stadtrat Hartmann in dieser Beziehung machte, ging hervor, daß die vier sozialparteilichen Stadträte stets mit Unzufriedenheit ihren Standpunkt vertreten und versucht haben, für die Bürgervereinsvereine die Arbeit zu leisten. Mit besonderer Genugtuung registrierte Herr Hartmann das Verschwinden des gemischten Ausschusses der städtischen Ausschüsse, dessen Ausschüsse der Stadtratsfraktion durchwegs in den Angelegenheiten der oberbürgermeisterlichen Verwaltungstätigkeit bewegte. Bei der fröhlichen Würdigung der städtischen Regieretriebe stellte der Redner von neuem die Forderung auf Trennung der Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerte in drei selbständige Werte mit je einem sachverständigen Leiter auf. Auch die Bildung der Straßenbahn sei reformbedürftig. Der Stadtrat werde sich in der nächsten Zeit mit dem Vorhaben einer gewissen Veranschaulichung zu beschäftigen haben. Bei dieser Gelegenheit wurde darüber zu entscheiden sein, ob es annehmbar sei, einen Nebenamtler Anger unterzuordnen. Man will nämlich die städtische Straßenbahn mit der Oberhessischen Eisenbahn-Gesellschaft vereinigen. Herr Hartmann erkannte trotz der Ablehnung gegen das Vorhaben, das aus seinen Worten hervorgeht, andererseits durchaus an, daß der letzte Leiter der D.E.G. sein Geschäft versteht und vor allen Dingen Ruhe und Ordnung in den Betrieb gebracht und eine gewisse Bilanz erzielt hat. Aus der Straßenbahn soll aber nicht in Gemeindebesitz mit der D.E.G. eine vollständig freie Gesellschaft werden. Vielmehr besteht die Pflicht, die Stadtratsverwaltung mit der Verwaltung des Anstaltskapitals zu betrauen, damit die Straßenbahn in nächster Zeit wieder in die kommunale Verwaltung zurückgeführt werden kann. Durch die Verlängerung der Arbeitszeit von 8 auf 9 Stunden ist es möglich gewesen, den Betrieb der Straßenbahn wieder mehr zu vergrößern.

In früheren Jahren war geplant, eine Mitternachtskantine mit dem Herbstfest zu errichten. Infolge der finanziellen Krise der Stadt ist nicht daran zu denken, daß das Projekt in absehbarer Zeit verwirklicht werden kann. Das Komitee

wären haben unversehrt, zwei von schweren Querschnitten abgehoben und einer ist.

Die Arbeit ging weiter.

Als Lorenz am anderen Tage wieder antrat, war der Schuttwall bis auf die letzte, aus nachgefügten schweren Blöcken gebildete Schranke abgetragen, aber der Schwammfund sah jetzt härter als Marmor dazwischen und der Druck von oben war wieder im Werk. Dort hatte sich festgesetzt gelöst und das Belüftungsgrohr aus der Schräglage gedrückt. Die Luft strich nach hinten, aber die Stimmungen schwiegen. Man hatte den Versuch aufgegeben, den verschütteten Nahrung zuzuführen, und ihre Klopfzeichen waren immer spärlicher geworden. Der Erdröcher schwappte wieder, und braunem überlicher Brei troff aus der Höhe.

„Wir müssen sie heute noch herausheben,“ sagte der Baumeister. Er war schon mit der Fortführung der regelmäßigen Arbeiten beschäftigt, hatte eine Bohrt nach Wollenzel gemacht, wo der Kopf des Tunnels rüstig fortschritt, und betrachtete den Unfall als abgehandelt.

„Dort oben hängt's,“ fügte er nach einer Weile hinzu und wies zu der drohenden ausgebauchten Stelle. Das Rohr schien abgeknickt. Ein farrne großer Klumpen schlug herab.

Lorenz Bantiger ging ans Werk. Es gelang, einen Stützbohrer anzubringen und eine Blende einzusetzen. Das Holz kirschte und die Blende bog sich nach kurzer Zeit, aber das Wagnis schaffte. Eine Höhlung tat sich auf und gegen Abend brach die letzte Schicht nach innen.

Eine etelische Dinstwölke enstürmte der Öffnung. Aber in der Tiefe war Leben.

Dampfe Rufe grüßten das einfallende Licht. Die Retter arbeiteten.

Bunte, leuchtende Rufe ließen den Tunnel entlang und spiegelten wie junge Hunde aus dem Berg.

Alles war gut im Augenblick.

Als die Blende an' Mannschilde erweitert war, galt es nur noch die Bretter aus dem Stollen zu holen.

Tragmatiken und Seile waren schon zur Stelle.

Do rüllte sich plötzlich die schwere Eisenblende, die über der Öffnung ausgehängt lag, inatmend zusammen. Der Ton knarrte durch Markt und Bein. Große Klumpen schlugen herab und verflücht die Bretter zu fällen. Es festschloß klänge und verflücht einem Zimmermann des Bein.

(Fortsetzung folgt)

und Fürsorgewesen hat in Stadtrat Boettger einen Helfer erhalten, der mit den aufzunehmenden Mitteln so häuslich umgeht, daß er selbst in sozialdemokratischen Kreisen mit Würdigung zu rechnen hat. Die Freigabe, die sein Vorgänger Bürgermeister a. H. v. d. Hoffen wollte, ist bei den unzulässigen Unterhaltungsleistungen, die gegenwärtig zu berücksichtigen sind, nicht mehr an Stelle. In Bezug auf den Personalaufbau machte Stadtrat Hartmann die nicht allgemein bekannte Mitteilung, daß nach einer Anordnung der Reichsregierung bis zum 1. April sämtliche Angestellten gefündigt werden muß. Angestellte, die in führender Stellung sind, dürfen nur mit Genehmigung des Reiches behalten werden. Es kann infolge dieser rigorosen und kurzfristigen Bestimmungen vorkommen, daß ein städtischer Angestellter von einer Position entfernt wird, für die ein gleichwertiger Beamter nicht vorhanden. Man schließt also auch hier wieder mal das Kind mit dem Bade aus. In der Beamtenschaft müssen 25 Prozent abgebaut werden. Die Abbaufolge ist in einer ganzen Anzahl Situationen behaftet worden. Jeder Posten wird genau geprüft, ob er unbedingt behaltbar ist. Stadtrat Hartmann hat dabei mit Rücksicht auf die Auffassung vertreten, daß beim Abbau oben ansetzen werden muß. In der Zentralverwaltung wird es möglich sein, 2-3 Posten einzusparen. Eine unangenehme und grausame Maßnahme ist die Abschaffung der Posten. Er ist aber nicht zum Umarmen. Es besteht aber die Hoffnung, daß ein Teil der Entlassenen, die noch nicht durch die Zahl der Dienstjahre gewisse Pensionansprüche haben, in absehbarer Zeit wieder eingestellt werden kann.

Stadtrat Haas verbreitete sich über einige Schulfragen. Von den 107.000 Mark, die für Vermittel in den Vorkursus eingestrichelt sind, können ebenfalls etwa 20-30 Prozent gespart werden, da sich infolge einer Auflockerung der Stadterhaltung eine große Anzahl Eltern bereit erklärt hat, die Vermittel zu zahlen. Die Verwaltung des Krankenhauses ist außerordentlich schwierig. Bei der enormen räumlichen Ausdehnung wird es nicht möglich sein den Betrieb auf sich selbst zu stellen. Ebenfalls ist es mit dem Herfordbad, allerdings nicht in diesem Ausmaß. Stadtrat Haas hat als Mitglied der Herfordbad-Kommission seit Monaten den Standpunkt vertreten, daß nur eine Verbilligung der Badpreise die Frequenz heben kann. Diese Ansicht ist jetzt durchgedrungen. Auf einmal ist der Betrieb rentabler. Gleich in der ersten Woche nach dem Abbau der Preise wurde eine Besucherzahl von über 5000 erreicht, die in der letzten Woche auf über 7000 gestiegen ist. Die Wünsche des Verkehrsvereins, den Stadtrat Haas ebenfalls gut gemeint, aber das Echo sollte von einer gewissen Seite her. Es fehlte vielleicht auch an Unternehmungskraft in den hiesigen gewerblichen und industriellen Kreisen. Der Verkehrsverein mußte noch mehr unterliegen werden.

Architekt Baumüller bemerkte, die Baumwirtschaft müsse unter allen Umständen wieder in Gang gebracht werden. Die Stadterhaltung liege in der Bodenpolitik einen letzten Weg einzuschlagen. Wenn in der Offstadt für ein Quadratmeter Grundfläche 40 Mark verlangt würden, und daran die Bedingung geknüpft werde, daß etwa ein Drittel der Kaufsumme bar zu bezahlen sei, daß ferner Baupläne unter 1000 Mark nicht hergegeben werden, so gebe dies nach seiner Ansicht zu weit. Stadtrat Haas, der früher nochmals zur Abbaufolge des Baus ergriff, erklärte, daß die städtischen Werke weit mehr Personal einsparen könnten, als beabsichtigt sei. Vor dem Kriege hatten die Werke 148 Beamte und Arbeiter, heute noch 350. Dabei sei die Zahl der Besucher von Wasser, Gas und Strom von 52.000 auf 78.000 gestiegen. Ein weiterer Abbau sei unbedingt notwendig und auch durchführbar. Herr Dr. Bergmann sprach sich für die Zusammenfassung des gesamten Fürsorgewesens in einem Wohlfahrtsamt aus. Stadtrat Hartmann betonte, daß die Stadterhaltung selbstständig die Pflicht habe, den Hauptbetriebsstellen so weit als möglich entgegenzukommen. Von den von Herrn Baumüller angeführten Bedingungen sei ihm nichts bekannt. Nach einem kurzen Schlusswort des Stv. Hofes, der an den Ausspruch des Handelskommissars Dr. Engel erinnerte, daß Mannheim eine lebendige Stadt sei, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Der Ortsverein Mannheim der Deutschen Volkspartei hält die Wiederherstellung der Steuerhoheit der deutschen Städte für eine Lebensnotwendigkeit und erhebt die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, ihren ganzen Einfluß zur baldigen Errichtung dieses Zieles einzusetzen.“

60. Geburtstag des Oberbürgermeisters Dr. Kuher

Mannheims Stadtoberbau vollendet morgen sein 60. Lebensjahr. Dr. Kuher verbringt den Tag, an dem er die Schwelle des Lebens Jahrestages überschreitet, fern von Mannheim, in dem Lande, in dem er das Licht der Welt erblickte, in dem er seine berufliche Laufbahn begann. Von Berlin, wohin er vor drei Wochen in Umsiedelungen gereist ist, hat er sich nach Bamern begeben, wo er seine Tante zu verweilen gedenkt. Wenn wir Gelegenheit nehmen, Dr. Kuher als Mannheimer Stadtoberbau zu würdigen, so können wir uns auf unsere Ausführungen vornehmlich der Wiederwahl am 25. September 1922 beziehen. Wir haben damals rühmend hervorgehoben, daß Dr. Kuher über ein großes Wissen, über eine Arbeitskraft verfüge, die als Vorbildlich bezeichnet werden darf. Es ist auch zu unterstreichen, daß er in den schweren Jahren, die hinter uns liegen, sich als hervorragender Finanzmann bewährt hat. Ein Jahr vor dem Weltkrieg ist Dr. Kuher zum Oberbürgermeister von Mannheim ernannt worden. Wenn wir diese Reklamation machen, bezeugen wir gleichzeitig, daß manche Hemmnisse erforderlich und einschneidend

sind, die sich Dr. Kuher Wirken entgegenstellen. Nur an Erhaltung, nicht an Auf- und Ausbau konnte gedacht werden. Es ist zu hoffen, daß die Zeit wieder kommen wird, in der von einer neuen Blüte Mannheims gesprochen werden darf. Da Dr. Kuher sich entschlossen hat, seine Kräfte der Stadt Mannheim weiterhin zur Verfügung zu stellen, so darf erwartet werden, daß er an dem Wiederaufbau Mannheims noch recht tätigen Anteil hat.

Ueber den Lebenslauf des Oberbürgermeisters ist folgendes zu berichten: Theodor Kuher, am 30. Januar 1864 als Sohn eines Stadtlehrers in Amberg geboren, wurde nach einjähriger Abfertigung seiner Studien — er war durch Aufnahme ins Realgymnasium in München ausgezeichnet worden — nach den erforderlichen praktischen Probefunctionen bei der Münchener Stadterhaltung angesetzt, in der er als Richter bis zum Herbst 1899 wirkte. Hier war er die rechte Hand des Bürgermeisters v. Widenmayer. Von 1899 bis 1901 hatte Dr. Kuher Gelegenheit, als Beigeordneter (2. Bürgermeister) der Stadt Düsseldorf die preussische Verwaltung gründlich kennen zu lernen. Am 18. Oktober 1901 erfolgte die Wahl Dr. Kuher zum Oberbürgermeister von Kärnten. Der Nachbarnstadt Nürnberg nach Ablauf eines dreijährigen Probejahres trat Dr. Kuher zum 1. März 1904 in den Mannheimer Stadtrat ein. Am 12. September 1904 wurde er zum Oberbürgermeister ernannt. In dieser Stellung ist er bis zum 25. September 1922 im Amt geblieben. In dieser Zeit hat er sich durch seine Tätigkeit in der Verwaltung und in der öffentlichen Meinung zu erweisen.

Auf das Ausschreiben des im Sommer 1913 durch den städtischen Tod Kurstin verwaisten Mannheimer Oberbürgermeisterpostens waren 37 Bewerbungen eingelaufen. In den engeren Wettbewerb kamen fünf Herren, von denen aber keiner sich selbst gemeldet hatte. Die fünf Namen waren von der zur Vorbereitung der Oberbürgermeisterwahl eingesetzten städtischen Kommission mit dem Reichsstatthalter, Ernst Baermann als Vorsitzenden auf die Liste gesetzt worden. In erster Linie kam als Nachfolger Martin Ministerialdirektor Dr. Glöckner in Karlsruhe in Betracht, der schon nach dem Ableben des Oberbürgermeisters Dr. Bed von hiesigen maßgebenden Persönlichkeiten als Stadthalter in Vorzug gebracht worden war. Die Kommission hatte sich auf diesen Namen einstimmig geeinigt. Es handelte sich um einen Mann, der die Interessen der Bürgererschaft nahezu einmütig dieser Wahl zustimmen würden. Dr. Glöckner wäre zweifellos eine äußerst geeignete Persönlichkeit gewesen, denn er galt damals schon als einer der begabtesten und tüchtigsten Beamten des bayerischen Landes. Da kam plötzlich der Rücktritt des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichtshofes in Karlsruhe, Geheimrat Dewald, als dessen Nachfolger schon lange Dr. Glöckner ausserlich war. Die amtliche Mitteilung von der Ernennung Dr. Glöckners zum Präsidenten des Oberverwaltungsgerichtshofes ließ denn auch nicht mehr lange auf sich warten. Die Kommission mußte infolgedessen ihre Arbeit von neuem beginnen. In enger Wahl kamen drei Herren, die sich der Kommission persönlich vorstellten. Darunter befand sich Dr. Kuher. Am 3. Debr. 1913 wurde die Wahl des neuen Stadtoberbau durch den Bürgerausschuß vollzogen. Von 125 abgegebenen Stimmen entfielen 124 auf Dr. Kuher. Ein Zeitalter war wohl. Die erste Bürgerausschuhung wurde von Dr. Kuher am 13. Januar 1914 geleitet. Im Juli 1917 konnte er das Jubiläum 25jähriger Tätigkeit im Gemeindefunktion begehren. Am 25. September 1922 erfolgte nach dem Ablauf der neunjährigen Dienstzeit die Wiederwahl Dr. Kuher auf weitere neun Jahre. Von 124 Wahlberechtigten stimmten bei 93 abgegebenen Stimmen 90 für das Wiederbleiben Dr. Kuher an der Spitze der Stadterhaltung. Die meisten Bürgerausschuhungsberechtigten, die nicht abstimmten, waren durch Krankheit oder Abwesenheit von Mannheim entschuldigt.

Während des Krieges hat sich Dr. Kuher hervorragend sozial betätigt durch die Gründung der Zentrale für Kriegsfürsorge und des Kriegshilfsvereins für den Kreis Remel. Auch die Umarbeitung und Vereinfachung des Haushaltes, eine Arbeit, die allgemeine Anerkennung fand, fällt in die Kriegsjahre. Die Ehrenämter, die Dr. Kuher bekleidet, sind mannigfaltig. U. a. ist er Vorsitzender des Deutschen Städtebundes und Mitglied des Bundesrats. Kurz nach seiner Wahl zum Oberbürgermeister von Mannheim wurde er vom König von Bayern zum Geh. Hofrat ernannt. Am 30. Februar 1914 verlieh ihm die medizinische Fakultät der Universität Erlangen den Ehrendoktor.

Ueber 30 Jahre ist Dr. Kuher im Gemeindefunktion tätig. Wenn er morgen auf den zurückgelegten Weg zurücktritt, darf er es in dem Bewußtsein tun, das Beste gewollt und viel erreicht zu haben. Möge ihm im siebensten Jahrzehnt seines arbeitsreichen Lebens mehr Sonnenchein als in den letzten 10 Jahren beschieden sein. Sch.

Die Mannheimer Indexziffer

Wie uns das Städtische Nachrichtenamt mitteilt, beträgt die vom Preisprüfungsamt für den 28. Januar berechnete Leuzerungszahl (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) 129 181 Milliarden Papiermark. Geht man die entsprechende Vorkriegszahl (114,59 Mrd.) gleich 1, so erhält man die Indexziffer 1127,3 Milliarden. Da am 21. Jan. die Indexziffer 1134,7 Milliarden betrug, ist vom 21. bis 28. Januar ein Rückgang um 0,6 Prozent eingetreten. Bezt man die Goldmarkpreise zugrunde, so erhält man nach den Preisen vom 28. Januar die Goldmarkindexziffer 112,7 (1913/14 = 100).

Neuschnee im Schwarzwald

Nachdem die letzte Erwärmung um das letzte Drittel des Januar infolge der starken gegenwärtigen Luftzufuhr nur in den höchsten Lagen des Gebirges nach Schnee, bei dem Rückgang zur Kälte, gebracht habe und dieser auch nur in geringem Ausmaß und mit einer unteren Höhengrenze von 800 Metern, hat nach einem auffallend starken Anstieg des Luftdruckes zum Sonntag und verfrühten Frost am Beginn der neuen Woche bei wenig zurückgehenden Temperaturverhältnissen im Schwarzwald nach anfänglich kleinen Nöschchen, früherer Schneefall ausgiebig eingesetzt. Die Schneefälle haben Montag früh begonnen und den ganzen Tag über angehalten, jedoch innerhalb 12 Stunden eine Neuschneehöhe von 10-15 Zentimetern sich auf dem Nöschnee gebildet habe. Dabei brüten alle Anzeichen darauf hin, daß die Niederschläge in Form von Schnee andauern, da die Frostgrenze ungefähr bei 400 Meter Meereshöhe liegt, je nach der Gebirgshöhe. In mittleren Lagen hat der Frost eine Schärfe von zwei bis drei Grad, jedoch die Befruchtung des Neuschnees gut ist.

Hatten die Eisbahnen des Gebirges am Wochenende in Baden über 800 Meter eine recht brauchbare Befruchtung angenommen, soweit es sich um offene Gelände handelt, da dort auf dem Nöschnee eine schon führende Schicht von festem Neuschnee und Staubschnee lagerte, während in den Wäldern infolge des Schneeeuwens von den Bäumen der Schnee hartgefroren war, so hat sich die Güte der Eisbahnen durch den neuen Schnee wesentlich verbessert. Zudem werden die Bahnen durch den Neuschnee wieder tiefer ins Tal hinab benutzbar. Auch den Rodelfahrern schadet der lockere Neuschnee nichts, da er auf der eisigen Unterlage eine gute Fahrt gibt. Alles in allem bräut der Neuschnee jedem etwas. Nicht nur den Wintersportfreunden, sondern auch dem Naturfreund ganz allgemein, denn durch die lange Schönwetterperiode mit nachfolgendem Tauwetter, ist das Winterfeld des Gebirges unendlich und grau geworden, durchsetzt von perlgrünen Tannen, Fichten, Jasminten und Tannenrodeln. Ueber alles hat jetzt erneut das reine Weiß des neuen Schnees gedeckelt. W. R.

Fällungen von Reichsbahn-Papier. Von dem auf Papiermarkt lautenden Notiz der deutschen Reichsbahn sind Fällungen im Umlauf, die auf feinem Wasserzeichenpapier gedruckt sind, wobei der ursprüngliche Betrag von 20 Millionen Mark in 20 Billionen Mark abändert ist. Die Doppelmarken der Fällungen sind zum Teil vertrieben, zum Teil oam mit grüner Farbe ausgefüllt. Von 20-Billionen-Scheinen der deutschen Reichsbahn ist nur eine geringe Anzahl im Umlauf, die auf rosa Wasserzeichenpapier gedruckt sind.

Korffland-Erplöten. Gestern vormittag gegen 8 1/2 Uhr ereignete sich in der Suberitfabrik in Rheinau in der Staubkammer, auf die jetzt noch nicht aufgetriebene Weise eine Korffland-erplöten, bei der fünf Arbeiter und eine Arbeiterin zum Teil erhebliche Brandwunden an Kopf und Händen davontrugen. Die fünf verletzten Arbeiter wurden im Sanitätskiosk in das allgemeine Krankenhaus gebracht, während die Arbeiterin, die nur leichte Verletzungen hatte, nach Anlegung eines Rotverbandes, sich in ihre Wohnung begeben konnte. Der entstandene Sachschaden wird am Gebäude auf etwa 5000 M und an den Fahrgassen auf etwa 50 000 M geschätzt.

Tödtlicher Unglücksfall. Am 26. Jan. ist das 3 1/2 Jahre alte Kind eines in der Rheingoldstraße in Kiedorou wohnenden Fabrikarbeiters rüdtig in einen mit heißem Wasser gefüllten Eimer gestürzt und gleichzeitig mit dem Eimer angefallen. Hierbei trug das Kind so schwere Brandwunden davon, daß es am folgenden Tage verstarb.

Tod durch Ertrinken. Gestern nachmittag um 12 Jahre alte Schüler Philipp Wagner, wohnhaft G. 7. 40, beim Schwimmbadlaufen in Inbultrechen, in der Nähe des Elektrizitätswerks eingebrochen und ertrunken. Die Leiche konnte bis jetzt noch nicht geborgen werden.

Der städtische Kaminbrand. Gestern nachmittag entzündete ein Kaminbrand des Hauses S. 3. 3, dadurch ein Brand, daß alle Lampen, die in das Kamin geleitet wurden, sich entzündeten. Die Gefahr wurde durch die um 5 44 Uhr alarmierte Berufsfeuerwehr beseitigt.

Bedeutender Zigarettenbrennstoff. In der Nacht zum 26. Jan. wurde am dem Tabakwarengeschäft, Hofenstraße 58, der Kolonnen in die Höhe gehoben, mit einem Diamant die Scheibe durchgehauen, am Kiesel das Fenster geöffnet und in die Zigarettenbrennstoffe eingeschüttet. Dann wurde die Logertür gemächlich erbrochen und aus dem Zigarettenlager 21 585 Zigaretten in diversen Packungen entwendet.

Verloren wurde am 23. Januar am Markttag eine ältere schwarzlederne Doppelbrille mit etwa 700 Goldmark.

Schlecht funktionierende Schalter und Steckdosen

Kind meißens schuld, wenn Ihre elektrische Anlage nicht in Ordnung ist. Halbbare Apparate liefert die Stroh G. m. b. H. 632

Nur kann uns in der schwarzen Welt und dem, was wir Natur heißen, die Gottheit nicht kommen, als in dem Angesicht eines großen und edeln Menschen. Es wird eine Kraft von ihm ausgehen, die dich tragen und erheben wird. Goethe

Berliner Ur- und Erst-Aufführungen

Von Hermann Hensl

Bestung hat Recht: auch ein vergänglichtes Spiel kann zu dauernden Erwartungen Anlaß geben. Doch es gibt Spiegel, die selbst dem besten Schreiber die Lust verderben, kein Licht werfen zu lassen. Zwei neue „Aufspiele“ das eine heißt: „Die Dame mit dem Schilbungsgürtel“ und ist von einem schlichten ungarischen Schiller der Franzosen: Ernst Radja (einem Witzling, wie die Romantiker das dramatischen „Hollies“ nicht verzeihen!) — das andere heißt: „Eine vom Variete“. Seinen Verfasser Alfred Müller soll man nicht verwechseln mit dem in Graz wirkenden Namensvetter, der Kindermärchenküche und nicht kindliche Stücke schreibt. Der der zwei Begebenheiten: Komödienhaus am Schilbungsdamm.

Sotkar Schmidt packt auch nicht an die Plörte der Unterwerfungsdramatik untereinander; ihn, daß es nicht die Geißel und Geißel am Reinen Theater Erfolg. Es ist ein bishen dünn, aber mehr nach wert. Spielzeugen im vorigen Monat und ist doch schon ein — historisches Drama. Der Bester heißt: das Stück heißt: „Derobatorische Aufstodene geht“. Das Lustspiel weicht zwar der eine für den „moralischen Wiederaufbau Deutschlands“ und schimpft über Revolution und Republik. Nebenbei verdient er nicht der Verkauf ausgedehnten Schraffens gefunden hat, sich anzusehen. Der die im Hause des jetzigen Zimmer verlebenden Geheimrats brummalist, auch nicht von dem Geheimrat. Alles blöbe geheim und glug. Es wird von der Polizei verfolgt und ermächt einer glücklichen Bohrer des Diebstahls nachträgliche Quelle an. Mit bes. moralischen Aufbaus schließlich Lust in der Klemme. Das geistlich Heberhote in dem Stück führt nicht; eher daß der Verfall

Zufälliges bloß freilich, während hier Gegebenheit zu einer Sittenkomödie gegeben war.

Nicht uninteressant, einmal mit einem besseren Exemplar der modernen Gattung den ersten Gustav von Döfer zu vergleichen. In der Kleinstadt steht er heute noch in einiger Höhe. In Berlin war ein gewogler Scherz des städtischen Schillertheaters, Hofes „Stilungsspiel“ aufzuführen. Man tat es mit toller Beifälligkeit und in einem stilleren Rahmen, der — sein städtisches Gedankent — des eigenen Unternehmens spottete. Es ergab sich für das Amstaltabstent leicht dem Stück die Parata, und will man der Verliebtheit der Reuen ein Paroli diegen, so muß man weit hinter Benedikt zurückgreifen.

Von Walter Bloem — der Besseres geschrieben hat, als die Kriegskomödie, durch die er „populär“ wurde, brachte das Städtische Schauspieltheater das bühnenwirksame Drama: „Vergeltung“. Das Stück moß schon vor dem Krieg entfallen sein; kein gesellschaftliches Mittel deutet darauf hin, und vielleicht auch die hier zum verbotenen Subermann-Schule. Der erste Akt ist knallig; in den folgenden stellt die durch Spannungsmomente gezogene Neugierde. Doktor Bloem, der früher Rechtsanwalt gewesen, bemerkt an einem gefächert präparierten Fall die Bescheide der prinzipiellen Rechtswohlheit, die die Strafprozedur nach den neuen Anordnungen eines Beschuldigten gemächt. Schwerföndere Andzigen könnte nur ein Zeuge, er allein, mit Beweisen widerlegen. Aber dieser Wissenheit der Bruder des Angeklagten und aus hochholer Überzeugung entschäftigt er sich der Zeugenaussage. . .

Man hat den historischen Bismard aufs Brett gerufen! Im Apollo-Theater, wo sonst Herr James Klein die nachsten Mädchen zeigt, wurde der erste Teil von Emil Ludwigs Bismard-Trilogie, das Schauspiel „Volk und Krone“ ausgeführt. Die heroen unerer Dichtung und Geschichte müssen sich viel gefallen lassen, und dem Fürsten Bismard ergeht es — unter dem Beifall des Publikums — noch lächer, als Goethe und Schiller in den bekannten Romanromanen. Jede Höhe die Erklärung: weil die Distanz zwischen Objekt und Beobachter (soß hätte ich „Nachrichter“ gesagt.) in diesem Fall geringer ist. Aber auf solche Imponderabillen kam es Emil Ludwig gar nicht erst an. Der Schriftsteller hat in diesem Bruchstück einer mehr als recht fürs Theater vermannlichen Bismardbiographie Auszüge aus der Bismard-Literatur, aus des Kanzlers Reden u. aus einigen Geschichtskapiteln benützt. Eine lange Reihe von geschichtlichen Situationsbildern steht, durch seine innere Entwicklung verbunden, an knosförmigen Augen vorüber. Dem Direktor James Klein kam es nicht darauf an, mit welcher Tendenz er diesmal Geschichte machen könnte, und so legte seine ältere Hand dem Kurheldendrama Ludwigs zum Schluß noch einen

richtigen Parademarsch ein, zur Freude des künstlerisch anspruchsvollsten Teiles der Zuschauer.

Erste literarische Beachtung, wenn auch nicht Erfolg auf allen Eilen, erzwangen sich nur zwei Neuenten. Die eine von dem hiesigen Dramatiker Nordamerikas, Eugen O. D'Veill, ist ein Ritterdrama. In Weken und Form anders, als unsere alte romantische und unsere junge Schamblösen-Dramatik, drang es zum Herzen. „Kaiser Jones“ ist kost ein Monodram: das Mächtigen, Mächtigen und Sterben einer geheuten Kreatur. Dem amerikanischen Rassenkampf stellt D'Veill mung, aber mit einer Dichterhand, nicht mit politischen Griffen, das große Leid eines schwarzen Menschen entgegen. Nicht einmal eines Proklamierers der Gattung, nein, eines entlausenen Judithäusers, der sich auf einer steilen Sclbverinsel zum Häuptling der halbnackten Einwohner aufgeschwungen hat. Seine Herrschaft bricht zusammen. Ehe man ihn einfängt, entnimmt er in den Urwald. In Todesangst steht er von Dicht zu Dicht, mutterfeienallein, aber verfolgt von Schuld und Sehnsucht und von den ebenio grotesken wie grauamen Spoggestalten seines Hirns. Bis er verendet. Was ihn löst, dröhnt uns von Beginn bis Ende martend in die Ohren: der Trommelschlag seiner Fesler. Berhöht Viertel hat in dem bisher unbekanntem Schauspiel Dester Homoffa einen Urweltlichen vom Schönen Wegmers gefunden, einen Künstler von primitiver und außerordentlicher Ausdrucksfähigkeit auch des Körpers.

Der Begier H. Crommelund ist ein Dichter; doch kein Drama „Die kindlichen Verliebten“ (Rein-Hammetheuer) klamern zu ertragen, als manche Schicksal. Erst im letzten Augenblick, nach langer Eintönigkeit, geschieht das Wunder. Wilmerte vermannt sich in schweelendes Sch-Reigen. Nun sind die vielen, diesen Worte precht. Nur das nächste Meer rauscht, und in der halbdunklen Stube lernen leise vier Kogeweiber die Worten-Wanek. Borne sitzen zwei tröstliche alte Frauen. Der einen halbwüchsigen Tochterlein ist in ratloser romantischer Sinnlichkeit mit dem vierzehnjährigen Komerven in den neuen Tod verzaugt. Die andere alte Frau ist Kind geworden. Wie ihre Bioge verfährt waren, glug sie, voll unerlöschener Liebessehnsucht, tief in Schloßern, gepelngt von der verlorenen Jugend. Die Verhältnisse hat die Liebe eines jungen Mannes gekheit. Einde der Enthüllung! Nun: vom falschen Schein entführt, alt und böhlich, ein Bild der Verarmung. Ein Gespenst. Wie oloot: es ist ein Unvermögen, das padt, ein Leides. Neben dem Hosterben des Alters der Tod des Wöhchens, der kindliche Tod in Wronlung. Das Drama aber unbramatisch, unbesonnen, ungeheißt, monoton. Immerzu ein Kommen und Gehen ohne Not, die Menschen und die Szenen nicht miteinander verbunden. Ueber ein Dichter!

Kommunale Chronik

Gebung der Berliner Straßenbahn

Die Direktion der Berliner Straßenbahn-Betriebs-G. m. b. H. hat die Entwürfe der Berliner Straßenbahn...

Die Verfehlungen in den Berliner städtischen Wohnungsämtern

Der zur Nachprüfung von Verfehlungen in den Berliner Wohnungsämtern einberufene Stadtratsausschuss hat sich mit dem...

Kleine Mitteilungen

Der Voranschlag der Stadt für 1923 balanziert in Einnahmen und Ausgaben mit 300.000 Mark...

77 Heidesheim, 23. Jan. Für die zahlreichen Arbeitslosen hier hat die Gemeinde nun auf einige Zeit...

Sportliche Rundschau

Fußball

M. J. G. Kickers-Turnverein 1846 2:2 (1:0)

1846 hat Anstoß. Trotz des hauptsächlich an den Seitenlinien noch ziemlich gefrorenen Bodens...

Nach dem Wechsel gehen die 4er mit großem Eifer ans Werk. Erst nach 20 Minuten haben sie ihre Bemühungen...

Handball

Turnverein 1846-Waldhof 1:2

Beide Mannschaften traten in herrlicher Aufstellung an und lieferten ein hartes und interessantes Spiel...

Boxen

* Mitteln schlägt Frank Burns. In der ungewöhnlichen Inszenierung, die vor Beginn des Vorabends über die bis auf den letzten Tag...

Neues aus aller Welt

Die ungarische mit der höchsten Höhe, nämlich von 2400 Metern, die Otto Arendt in 'Belagungen u. Klafungs Monatsheften' erzählt...

Der Doktor als Schuhmacher. In der Strada Natel Corvin, der früheren Hungarische in Stadt im rumänischen Banat...

Die Dame als Seismograph. In der englischen Zeitschrift 'Quarterly Review' beschreibt Professor Q. Turner...

Das verbotene Riesen. Der Soldat, der aus Gehorchen gezwungen ist, hat sich zwar sehr viel von seinen Vorgesetzten...

Wetternachrichten der Karlsruher Landeswetterwarte. Beobachtungen städtischer Wetterstationen (7^{er} morgens)

Table with 10 columns: Station, Temp, Wind, etc. Rows include Mannheim, Heidelberg, etc.

Schneefälle sind nach Abwärt der östlichen Druckfront, die letzte Schneefälle gebracht hat...

Voraussichtliche Witterung für Mittwoch bis 12 Uhr nachts: Wolke, Windwelle etwas Schnee...

Gesamter, Deutscher und Belgier: Drucker Dr. Hans Rammstein General-Anzeiger, G. m. b. H. Mannheim, F. 6. 2.

Einmalige Anzeige! Verband Deutscher Naturweinversteigerer Badische Naturweinversteigerung Montag, den 11. Februar 1924, 12 Uhr in Karlsruhe...

1 Million Dollar

betragen die Herstellungskosten des Films 'Rummelplatz des Lebens', der eines der erfolgreichsten und größten Erzeugnisse der allerneuesten amerikanischen Filmproduktion ist...

Herren-Stoffe nur beste Qualitäten in großer Auswahl, billige Preise. *8843 Hagen Welt, IS 17, 1. EL Kind besser, verstant wird in gute Pflege genommen...

Verzinkt. Maschendraht Geldverkehr. G.-N. 10-20000.- 4. höher Verzinsung gef. Angebots mit. S. J. 74 a. 5. Geldmarkt. *8836

